

HERDER-KORRESPONDENZ

Zehntes Heft - 4. Jahrgang - Juli 1950

Der Herr lehrte uns beten, Gott möge Brot für einen Tag schenken, und morgen bitten, er möge es wieder für einen Tag geben. Gott braucht keinen großen Vorrat anzulegen, daß die Menschen an seiner Güte zu zehren haben, bis er etwa wieder des Weges kommt; er bleibt in der Nähe und ergänzt den schwindenden Bestand jedes Augenblicks.

Rudolf Schwarz

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

„Laßt die Siedler eine Bresche schlagen“

Wir finden im Kirchenblatt für das Bistum Münster (Nr. 11, 1950) einen Aufsatz, der die sittlichen Kräfte, die sich im Siedlungswerk vorbildlich zur Geltung bringen, beschreibt und die Verständnislosigkeit der Verwaltung gegenüber den idealen Faktoren, die hier am Werke sind, beklagt. Der Vorgang scheint uns typisch, und wir möchten deshalb unsern Lesern die wichtigsten Stellen dieses Aufsatzes zur Kenntnis bringen:

Die Siedler opfern

„In der Siedlergemeinschaft opfern die Männer ihre gesamte Freizeit auf fünf, sechs Jahre hinaus und unter Umständen noch mehr. Viele auch opfern ihren Genuß und legen am Lohntag in die Materialbeschaffungskasse der Gemeinschaft, was zum bescheidenen Genuß verbraucht werden dürfte. Die Frauen verzichten auf den größten Teil der Hilfe des Mannes, und das Schulkind ersetzt nach besten Kinderkräften aus seiner Spielzeit, was an Hilfe des Vaters im Haus ausfällt. Seitdem Vater siedelt, kostet der Ball und die Puppe der Kleinen kaum noch Geld, sondern ein paar Flicker und etwas mütterliche Geschicklichkeit. Das Geld dafür geht in die Gemeinschaft, wo der lebendige Glaube genährt wird, daß solche Saat für Eltern und Kinder einmal fröhliche Ernte trägt.

Die Siedler tragen ihre Mehrarbeit und ihre Einschränkung nicht in finsternem Groll, sondern in der Dankbarkeit für ihre gesunde Erhaltung. Zur Abweisung aller Selbstsucht tragen sie im Verhältnis 1 : 10 einen Versehrten, eine Witwe durch die Arbeitsunfähigkeit durch, damit ihr Opfer eine reine Gabe des guten Herzens bleibe.

Das tun die Siedler nicht für eine Unterkunft, eine Wohnung, sondern für ein Heim, wo alle guten Kräfte des Menschen sich am Eigentum entfalten können; wo es lebendiges Leben in Haus und Garten zu wecken, zu pflegen und zu mehren gibt. Für eine Gemeinschaft der Menschen, nicht für ein paar Häuser opfern sie; denn das Unheil kam ja nicht erst aus den zerstörten Häusern, sondern

aus den verdorbenen Menschen. Das Unheil wird durch den idealen Menschen geheilt, oder es wird überhaupt nicht geheilt.

Danach erst stellen die Siedler Forderungen. Zunächst an die Bewerber um Mitgliedschaft. Nur der hat Zutritt zur Gemeinschaft, der sich verpflichtet und seine Leistungen für die Innehaltung verpfändet: nicht lügen, nicht stehlen, nicht huren. — Da gibt es in der Siedlergemeinschaft keinen Klatsch und keine üble Nachrede; da darf nächstens nicht einmal ein Kind mit dem gemausten Spielzeug des Nachbarkindes heimkommen, da darf kein Mann oder Frau im Mißbrauch der gottgeschenkten Kräfte der Lebensspendung die eigene oder fremde Ehegemeinschaft verderben. Sie geben ihr selbstgearbeitetes Heim als Pfand für ihren guten Willen. Bitte und Forderung im Namen ihres Ideals stellen die Siedler an die Besitzenden: gebt uns Land, daß unsere Kinder auf Gottes heiliger Erde wachsen können und nicht auf der dritten oder vierten Betondecke der Kaserne verderben müssen! Und es gibt, Gott sei Dank, Grundbesitzer, die den Ruf der Idealisten als Verpflichtung verstanden haben. Industrierwerke, Kirchengemeinden, Bauern haben sich zur Hergabe in Erbpacht bereitgefunden. Einige wenigstens! So wachsen jetzt mancherorten die Grundmauern der Siedlerhäuschen, so stehen schon in Velbert und anderswo hundertfach die Bestätigungen dieses Wunders der guten Herzen. Siedeln ist keine Phantasie mehr (vor Jahren meinte man so), sondern frohe Wirklichkeit!

Mit diesem sichtbaren Erfolg in Händen stellen die Siedler ihre Forderung an den Staat: schlägt dieses Wunder des Glaubens nicht in die Fessel kalter Berechnung und Gleichmacherei! Es handelt sich nicht um den Bau von 1000 oder 5000 Wohnungen; sie wären nur ein winziger Teil des Jahresprogramms von Nordrhein-Westfalen: 250 000. Es handelt sich um viel Wesentlicheres: um die Gemeinschaft der guten Menschen!

Die Siedler haben erkannt, daß ihre Kraft zu reiner Familie stirbt in dem aufgezwungenen Miteinander mit Menschen, die am sittlichen und leiblichen Elend müde und stumpf geworden sind; mit Menschen, die nicht mehr gut sein wollen, sondern von der Forderung in Haß und Rache zu ‚leben‘ gedenken. Die Siedler wollen in die Gemeinschaft der Guten und Starken. — Sie wollen heraus

aus der Enge, wo sie ihre Freizeit nur verträdeln können, wo die Jugend vom Müßiggang ins Laster getrieben wird. Sie wollen nach Gottes Auftrag die Erde bebauen, daß die stumpfe Arbeit im Betrieb nicht ihren Frohsinn zerfresse. Sie wollen eine reine Ehe, nicht sündig werden am Leben; sie wollen Kinder, die in der Sonne aufwachsen zu gläubigen Menschen. Dafür, nicht für eine Wohnung, opfern die Siedler. Sie opfern, ehe sie fordern. Nachdem sie geopfert, jetzt fordern sie.

Die Verwaltung rechnet

Die Verwaltung rechnet. Statt $\frac{1}{2}$ Morgen nur 800 qm macht 30 Prozent erspartes Gelände. Statt 800 qm nur 600 macht 25 Prozent Profit: alles in allem doppelte Möglichkeit von dem, was die verstiegenen Idealisten wollen. Ein Hoch auf die kluge Verwaltung! Sie hat den Garten verschnippelt, die Kleintierhaltung verhindert, sie hat doppelte Möglichkeit errechnet und die einzige Möglichkeit des Lebendigen getötet.

Die Verwaltung rechnet. Wo eine Siedlerfamilie ihr Häuschen bewohnt, da kann man zusammenschieben, bis 2 oder $2\frac{1}{2}$ Räume freigeschoben sind, und da kann man noch eine ‚Familie‘ hineinpfirchen. Einerlei, ob es gutwillige oder willenlose oder böswillige Menschen sind: sie stehen alle in einer Liste, haben nur verschiedene Nummern. Das statistische Ergebnis: doppelte Zahl der Wohnungssuchenden untergebracht, das reine Leben der Siedlerfamilie zusammen mit der dem Leben abgewandten Scheinfamilie in Enge und Verführung umgebracht. Dröhnender Beifall im Landtag, Todesschrei im Menschenherzen!

Die Verwaltung muß rechnen. Sie hat es nicht nur mit Siedlern zu tun, nicht nur mit opfer- und arbeitsfreudigen, starken Menschen; auch mit Menschen, die kein gutes Herz mehr, keine Kraft mehr im Herzen haben. Vielleicht hat der Kapitalist, oder der Scheinchrist, oder die eigenen Eltern, vielleicht haben sie selbst die Liebe und den Glauben im Herzen getötet. Wir dürfen nicht verurteilen und tun es nicht; Gott richtet! Aber vielleicht kommen sie zeitweilig nicht mehr aus dem Elend des Hasses und des kraftlosen Versinkens heraus. Es mag also wohl nicht ohne Reihenhäuser und Wohnblocks und Einliegerwohnungen gehen, da von den Wohnungssuchenden kaum 50 Prozent so stark sind, daß sie das Siedler-Opfer wagen; kaum 20 Prozent, die die Verantwortung vor Gott für Heim und Garten überhaupt tragen wollen. So werden wir also im Namen dieses Elends der Herzen den Notbehelf und den Keim weiteren Verderbens tragen müssen.

Aber, meine Herren Verwaltungsbeamten, zwingen Sie die Guten nicht hinein. Sie zimmern mit solcher Gleichmacherei am Sarg des letzten Restes gesunden Menschentums! Gleiches Recht für alle? Es kommt noch so weit, daß der Vater, der seinem Sohn verbietet, ins Hurenhaus zu gehen, vom Verband der Zuhälter und Kupplerinnen wegen Geschäftsschädigung verklagt und vom Richter im Namen der Gleichheit aller bestraft wird! Es gibt ein Vorrecht des Guten! Wo ist die Partei, wo der vom Volk beauftragte Mandatsträger, der es wagt, das Vorrecht des Guten zum Antrag im Parlament zu erheben? Laßt die Siedler eine Bresche schlagen in die von der Not aufgezwungene heillose Pferchungspolitik der Wohnraumbewirtschaftung. Durch diese Bresche werden Tausende den Weg zur Sonne gehen, die heute noch resigniert daisitzen in tatenlosem Grübeln und an die Liebe nicht zu glauben wagen.“

Pfingsttagung des Katholischen Akademi- kerverbandes in Eichstätt

Die Tagung stand unter dem Zeichen des Themas „Der Laie in Kirche und Welt“. Anwesend waren rund 400

Teilnehmer, wovon allerdings der größere Teil Eichstätter Akademiker und Studierende der Eichstätter Philosophisch-Theologischen Hochschule waren, in deren schönem Sedes-Sapientiae-Saal die Tagung stattfand.

Die beiden tragenden Referate waren das von Prof. Dr. Rudolf Graber, Eichstätt, *Kirche und Laie. Eine historisch-theologische Grundlegung*, und das von Dr. Otto B. Roegge, Koblenz, *Der Laie in Kirche und Welt*.

Geschichte des Verhältnisses zwischen Kirche und Laien

Ausgehend von den Phänomenen der heute herrschenden Spaltung von Religion und Leben, der auffallenden Distanz zwischen Laien und Klerus und der damit gegebenen Entchristlichung des Abendlandes ging Prof. Graber auf die Gründe der geschichtlichen Belastung des Verhältnisses von Klerus und Laien ein. Ursprünglich habe im Urchristentum eine innigste Lebensgemeinschaft zwischen beiden geherrscht; denn damals habe nicht der einzelne Christ im Vordergrund gestanden, sondern es seien die einzelnen Kirchen angesprochen worden. Die Gefahr des Zerfalls dieser ursprünglichen Einheit war nach dem soziologischen Gesetz des Differenzierungsprozesses der einzelnen Funktionen in der Kirche ohne weiteres gegeben. Doch ist die Kirche immer wieder dieser Gefahr begegnet. So sollten schon die niederen Weihegrade als Bindeglied zwischen Klerus und Laien die völlige Trennung unmöglich machen, und der Zölibat sollte sich als das geeignetste Mittel gegen eine Pastorenkirche erweisen.

Ende des zweiten Jahrhunderts spricht man noch nicht von Priestern, sondern nur von dem einen Mittler und Priester Jesus Christus. Erst mit dem arianischen Streit tritt dieser Gedanke zurück, weil man es vermeiden will, von Christus als dem Mittler zu sprechen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als werde seine Gottheit unterdrückt. So wird der Mittler- und Priestergedanke bei Christus durch den der Gottheit überdeckt. Den Forschungen P. Jungmanns folgend, zeigte Prof. Graber, wie daraus die Trennung von Volk und Christus zu erklären sei, die durch den Vorhang zwischen Altar und Volk zum Ausdruck kam.

Es vollzieht sich dann mit dem Sieg Konstantins und dem Einbruch der Massen in die Kirche ein weiterer Wandel. Aus dem Volk Gottes, der Kultgemeinde, wird die politische Gemeinde, die Weltöffentlichkeit; und damit wird der Trennung von Priestern und Laien von neuem Vorschub geleistet, der Priester rückt nach oben, der Laie nach unten. Es ist nicht mehr das *eine* Volk Gottes, sondern die Stände haben sich differenziert.

Diese Verschiebung schreitet im Mittelalter fort. Die Kluft verstärkt sich auch als Nachwirkung des Arianismus. Der Gedanke des Leibes Gottes tritt zurück gegenüber dem Gedanken der juristischen Erscheinung der Kirche, der *Societas visibilis* mit differenzierten Ständen. Nachdem die Idee der *plebs sancta* verblaßt ist, wird die Vorstellung genährt, als sei der Klerus die Kirche. Der mittelalterliche Ordogedanke versuchte zwar, diesen Tendenzen gegenüber einen Ausgleich zu schaffen durch die *Civitas christiana*. Man denke an die Ritterorden, an die Hospitalgenossenschaften, vor allem an die Königsweihé und Kaiserkrönung, die sich stark der Bischofsweihe annährte.

Gleichwohl muß man sagen, daß die mittelalterliche Synthese nicht gelang.

Der unerledigten Aufgaben bemächtigte sich die Häresie, so natürlich auch der Laienaufgabe. Es setzt eine Bewegung gegen den Klerus ein. In der Einleitung der berühmten Bulle Papst Bonifaz VIII. heißt es, die Laien seien immer Feinde der Kirche gewesen. Erst wenn das Meer austrockne und der Teufel in den Himmel komme, werde Freundschaft zwischen Klerus und Laien bestehen. Der Angriff erfolgt in drei Etappen, über den Armutsstreit, den Konziliarismus und die Reformation durch Luther. Das Konzil von Trient bildet in der Entwicklung des Verhältnisses von Laien und Klerus einen gewissen Abschluß, der gekennzeichnet ist durch die Vorrangstellung des Klerus und die negative Bestimmung der Laienaufgaben in der Kirche.

Nach der Sicherung der Position des Klerus setzt im Vaticanum eine Bewegung zur Reintegration des Kirchenbegriffs ein. Wir finden wieder Ansätze zur Definierung der Kirche als *Corpus Christi mysticum* im Sinne einer Abkehr von der Definition der Kirche als bloßer *Societas visibilis*. Es erfolgt unter Pius XI. der Schritt zur Katholischen Aktion, und es erscheint die Enzyklika *Mystici Corporis* unter dem Pontifikat Pius XII. Erst nach Abgrenzung der Einzelfragen dürfte die Synthese der einen Kirche aus Klerus und Laien geschaffen werden, nachdem wir heute wieder deutlicher erfahren, daß der Unterschied zwischen Christ und Nichtchrist größer ist als der zwischen Priester und Laie.

Graber schloß an diesen historischen Überblick über den Stand der Frage noch eine kurze Übersicht über die historischen Einflüsse des Laientums auf die Kirche an. Er wies erst grundsätzlich auf das Laientum hin als den biologischen und geistigen Nährboden, aus dem das Priestertum natürlich hervorgehe. Er zeigte kurz, wie die meisten kirchlichen Reformbewegungen von Laien ausgegangen seien und wie sich die Amtskirche diesen Bewegungen gebeugt und als Antwort diese Laien kanonisiert hätte. Schließlich wies er noch auf die Parallelität der Bewegung der Marienfrömmigkeit und der Laienbewegung hin in Entsprechung des Gedankens der *Corredemptrix* und der Laienarbeit in der Kirche.

Theologische Grundlagen und ihr Auswertung

Nach diesem aufschlußreichen geschichtlichen Überblick versuchte Graber eine theologische Grundlegung der Frage zu entwerfen, die aus Mangel an Zeit leider zu knapp ausfiel. Gedanken von P. Congar folgend, unterstrich er die zwei Sichtweisen der einen Kirche, nämlich die des Leibes Christi und die der gesellschaftlichen Hierarchie, die der Einheit eines Lebensprinzips, des Organismus, und die der soziologischen Artung, der Organisation. Er stellte die beiden Betrachtungsweisen in einer Reihe von Begriffen einander gegenüber wie Glaube und Liebe gegen Obere und Untergebene, Tugenden gegen Hierarchie und repräsentative Stellung der Kirche, Heiliger Geist gegen Sendung durch die rechtmäßige Obrigkeit, Christus gegen den sichtbaren Stellvertreter. Diese Gegenüberstellungen meinten aber nur relative Gegensätze. Nach einem Wort von Karrer lebt die Kirche als Gesellschaft für die Kirche als Leib Christi, und die Kirche als Leib Christi lebt von der Kirche als Gesellschaft.

Die Schlußfolgerungen Grabers gingen darauf hinaus, dem Laien als Christen und Glied des *Corpus Christi mysticum*

grundlegende Funktionen zuzuweisen, die nicht dauernd in einer Teilnahme an der Hierarchie sanktioniert werden brauchen. Diese Feststellung, die wegen der Kürze der Zeit nicht ausführlich genug entwickelt werden konnte, hätte der Tagung das Gepräge geben können. Indessen machte sich z. T. bei späteren Referaten die umgekehrte Tendenz geltend, die Aufgabe des Laien in Kirche und Welt durch eine eigene kirchliche hierarchische Position zu sanktionieren.

Dr. Roegele gab in Ergänzung des Vortrags von Professor Graber sozusagen die kleine kirchengeschichtliche Lage. Die Jugendbewegung vor und nach dem ersten Weltkrieg habe die konkrete Zusammenarbeit zwischen Klerus und Laien hervorgebracht, die unterstützt worden sei von der Liturgischen Bewegung. Dieser vitale Elan, der auch in der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus zu verspüren gewesen sei, drohe heute zu erlahmen. Wir seien im Begriff, viele Errungenschaften in der Zusammenarbeit zwischen Klerus und Laien wieder zu verlieren.

Dr. Roegele begründete dann die Berechtigung der Laiengliedschaft im *Corpus Christi mysticum* aus zahlreichen Zitaten der Enzykliken. Das allgemeine Priestertum sei ein echtes Priestertum, ohne daß das besondere Priestertum angetastet würde. Die Verantwortung des christlichen Laien liege in der Übergabe der Welt an Christus, was nicht dasselbe sei wie die Ordnung der Welt. Habe der Laizismus die Säkularisierung der Weltaufgabe gebracht, so führe der Klerikalismus zur Klerikalisierung der Weltaufgabe. Beide bedingten sich. Die Lösung liege in der Mitte, in der Teilhabe am Erlösungswerk Christi in gemeinsamer Abstimmung zwischen Klerus und Laien.

In Ergänzung zu Professor Grabers Vortrag erwähnte Dr. Roegele die gegenreformatorische Periode, in der er, parallel zur antiarianischen Bewegung, eine ähnliche Entwicklung bis zur heutigen Form des Kirchenrechts feststellt. Der heutige Stand bilde einen Abschluß und einen Neuanfang im Kirchenrecht. Die Kirche habe eben schlechte Erfahrungen mit den Laien, zumal den politischen Machthabern, gemacht, und von da her müsse ihre Zurückhaltung verstanden werden. Die künftige Richtung der notwendigen Ergänzung des Laienbildes in der Kirche liege in dem Sakrament zwischen Taufe und Weihe, in der Firmung. Hier sei der Ort der Begründung der Katholischen Aktion.

Die Unterordnung unter die Hierarchie sei nicht dasselbe wie ein Handeln nach Weisungen, es müsse ein eigenständiges Handeln vollzogen werden. Man müsse mehr Mut zum Risiko haben, schließlich sei die Weihe eines jeden einzelnen Geistlichen für den Bischof auch ein großes Risiko. Die Mitverantwortung der Laien schließe das Recht einer Kritik mit Liebe ein. Die Laien gehören nicht nur zur Kirche, sie *sind* auch die Kirche.

Der Grundsatz von der Kirche als Lebensprinzip der Gesellschaft ist die Grundformel für die Begegnung zwischen Kirche und Welt. Der Laie hat nicht in Kirche *und* Welt zu stehen, sondern muß selbst *als* Kirche mit schöpferischer Funktion in der Welt stehen, also nicht mit einem Bein in der Kirche und mit dem andern in der Welt.

Allerlei Thesen zur Diskussion

Der Redner stellte dann eine Reihe von Thesen zur Diskussion. So sei der Ruf des Papstes an die Laien und das Prinzip der Kirche als Lebensprinzip der Gesellschaft

noch gar nicht begriffen worden. Es fehle in der seelsorglichen Praxis das Bewußtsein vom Corpus Christi. Die Schwierigkeiten zwischen Klerus und Laien seien zeitlicher Natur, gleichwohl hingen sie nicht mit dem Generationenproblem zusammen. Alle Schuld dem Klerus allein oder den Laien allein geben zu wollen, sei falsch. Für den Geistlichen sei es schwerer als für den Laien, richtige Weltentscheidungen zu treffen; deshalb müsse der Laie den Priester informieren, daß er die Situation recht erkenne. Die Wirkung des Christentums auf die Öffentlichkeit sei heute eine schlechte Apologie. Die Kirche sei hier doch nicht der Papst und die Bischöfe, sondern die christliche Laienschaft. Das Versagen der Kirche liege im Versagen der Laien in bezug auf die Mündigkeit. Dieses Versagen sei allerdings begründet in dem Versagen des Klerus in bezug auf die Erziehung der Gewissen. Beide, Priester und Laien müßten lernen, aufeinander zu hören. Nur fehle es dem Laien an einer legitimen Form der Wirksamkeit und Meinungsäußerung; denn hier versage das Kirchenrecht vollkommen. Es sei ein erschreckender Mangel an Mitarbeit auf den verschiedenen Gebieten des Funks, der Presse usw. von seiten der christlichen Laien festzustellen. Eine Katholische Akademie sei dringend erforderlich. Eine solche habe u. a. das Problem der Laien-azese aufzugreifen.

All diese Thesen waren nur lose hingeworfen worden und sollten als Anregung für eine nachfolgende Diskussion dienen. Dr. Roegele schloß mit der erschütternden Feststellung, die gegenchristlichen Mächte seien wieder erwacht, die Christen aber schliefen.

Leider konnte eine Diskussion wegen der Überfülle des Stoffes nicht fruchtbar werden. Auch ist es fraglich, ob repräsentative Tagungen der Ort für solche Diskussionen sind. Jedenfalls bildete das Referat von Dr. Roegele eine gute Ergänzung des Hauptreferates, obwohl bei ihm bereits leise Tendenzen zu verspüren waren, die den Akzent der Laienaufgabe zu sehr nach der kirchlich hierarchischen Seite sanktionieren zu müssen glaubten.

Das Referat von Landgerichtsdirektor Dr. Josef Hornef, Fulda, *Gedanken zur Wiederbelebung des Diakonates*, lag stark in dieser Tendenz und war insofern unreal, als es nur unter der Voraussetzung einer einschneidenden kirchlichen Rechtsreform zu realisieren wäre. Ausgehend vom berechtigten Gedanken, daß die Realität der heutigen Seelsorgssituation eine Unterstützung des Priesters durch den Laien fordere, da der Priester mehr und mehr die Verbindung mit dem Volk verlöre, entwickelte der Redner den Gedanken eines Berufsdiakonats und freiwilligen (nebenberuflichen) Diakonats als einer möglichen Lösung dieses Problems. Der Hauptgedanke war, daß der verheiratete Diakon dem Laien näherstehen würde und so in wirksamer Weise den ursprünglichen Gedanken des Diakonats, darüber hinaus die heutigen Funktionen eines Diakons, zu erfüllen imstande wäre. Das Referat fand in der Diskussion teils begeisterte Zustimmung, teils heftige Abwehr.

Der Pfingstsonntagmorgen war ausgefüllt mit dem feierlichen Pontifikalamt, woran sich ein Festakt anschloß, dessen Höhepunkt die Ansprache des Bischofs von Eichstätt bildete, der mit großer Aufgeschlossenheit für die Sendung der Laien die Rufe der letzten Päpste an die christlichen Laien, das Warten der Kirche auf die Laien als die einzige Lösung zur Überwindung der Entgöttlichung der Welt unterstrich.

Großen Beifall fand am nächsten Tag die kurze Ansprache eines amerikanischen Gastes, Mr. Fleege, des Leiters der „Catholic Affairs Section“ im amerikanischen Hohen Kommissariat, der die kennzeichnenden Unterschiede des amerikanischen vom deutschen Katholizismus skizzierte und dabei in wohlwollender Art gewisse Wünsche an uns deutsche Katholiken aussprach, vor allem in bezug auf eine größere Verantwortlichkeit und eine freiere Meinungsäußerung den Autoritäten gegenüber. Wir Deutschen blieben ewig im Grundsätzlichen stecken und kämen so nie zur Praxis. Besonders auch wies er auf die Gefahr hin, in der der Nachkriegskatholizismus sei, zu wenig der heutigen Situation gemäß und zu viel den überlieferten Bahnen folgend zu arbeiten. Als Beispiel wies er darauf hin, daß in Deutschland zwei Drittel der Wähler Frauen seien, die nicht nur über die Zukunft ihres Volkes, sondern auch über die Zukunft Europas entschieden. Ob die katholischen Frauenorganisationen dieser Sachlage Rechnung tragen würden und ihre Programme entsprechend umgestellt hätten? Die Frage war gewiß auch an den Akademikerverband gerichtet, meinte doch der Redner, allein bei den christlichen Arbeitern spüre man etwas von einer wachen Verantwortlichkeit.

Es traf sich günstig, daß Bundestagsabgeordneter Dr. Richard Jaeger, Eichstätt, unmittelbar darauf über die *Verantwortung des Christen für das öffentliche Leben* sprach. Hier wurde der Laie wieder auf den Boden seiner wirklichen Verantwortung zurückgeholt. Wir müßten das Kreuz der Politik auf uns nehmen. Daß Politik abstoßend sei, gehöre mit zum Fluch der Sünde. Weil die Politik den Charakter verderbe, überließ man sie den verderbten Charakteren. Die Folgen müßten wir heute tragen. Die Politik sei das Schicksal eines Volkes. In der Demokratie sei die Unterlassung die Hauptsünde. Von dieser Perspektive her zeichnete der Redner die sozial- und kulturpolitischen Aufgaben des christlichen Laien, wies aber auch auf die machtpolitischen Entscheidungen hin, um die wir uns nicht drücken dürften. Die sehr sympathischen Ausführungen des Redners waren getragen von einem gesunden christlichen Realismus, der warnte vor Zersplitterung im christlichen Lager, vor einem falschen Kulturoptimismus und vor aller Betriebsamkeit.

Dr. Elisabeth Gräfin Vitzthum, Backnang, und Dr. med. Heinz Zimmermann, München, konkretisierten das Thema der Tagung an Hand ihrer praktischen Arbeit.

Schließlich sprach noch Dr. Emil Franzel, der Chefredakteur vom Neuen Abendland, an Stelle von J. W. Naumann über das *Apostolat der Publizistik*. Seine Ausführungen gipfelten in einem Hohelied der katholischen Presse. Freilich war es schwer, den glänzend vorgetragenen Gedanken des Redners jene Allgemeingültigkeit zuzuerkennen, die er für sie beanspruchte.

Die Resolutionen

Die Tagung schloß mit zwei Resolutionen. Die eine dieser Resolutionen, angeregt durch den Vortrag von Dr. Jaeger, beantragte bei der Bischofskonferenz und beim Bundestag eine Hilfeleistung an alle ehemaligen KZ-Häftlinge, die als medizinische Versuchsobjekte mißbraucht wurden.

Die andere Resolution galt der Gründung einer *Katholischen Akademie* als Schaltstelle zur Koordinierung aller katholischen Initiativen auf den Gebieten des Geistes-

lebens in Deutschland, über die in einer besonderen Ausschußsitzung beraten worden war. Die Katholische Akademie sollte nicht eine Art von Laienrat werden, wie er in Amerika zur Beratung der Bischöfe zur Verfügung steht. Sie sollte vielmehr auf alle offenen Fragen in der täglichen Auseinandersetzung beratend und wegweisend Antwort geben.

Als Träger der Katholischen Akademie wurden die KDA, die Görresgesellschaft, der AKD und die Bonifatiusvereinigung bezeichnet. Es wurde ein vorläufiger Ausschuß gebildet, bestehend aus Staatssekretär Dr. Gögler/Stuttgart, Staatssekretär Dr. Lammers/Werl, Prof. Dr. Max Müller/Freiburg, Dr. Hagen/Karlsruhe, Prof. Hermecke/Paderborn, Dr. Wielers/Bochum, Prof. Möller-Braunschweig, Dr. Roegele/Koblenz, Dr. Borsbach/Bonn, Dr. Jaeger/Eichstätt und Dr. Reinermann/Salzburg. Zum Sekretär wurde Prof. Dr. Möller/Braunschweig, Pestalozzistr. 4, gewählt.

Über folgende Punkte wurde Einigung erzielt:

1. Ein Institut für Studium und Lehre sei notwendig.
2. Es müsse in Bälde in Funktion treten, und zwar zunächst auf dem Gebiet der Lehrtätigkeit.
3. Fragen, die zu behandeln sind, sollen so schnell als möglich dem Sekretariat zugetragen werden.
4. Es soll die Koordinierung der Arbeiten auf den verschiedenen Gebieten vollzogen werden.

Im Ganzen gesehen hat die Tagung ohne Zweifel durch die Wahl des Themas einer der brennendsten und empfindlichsten Fragen des heutigen kirchlichen Lebens den notwendigen Nachdruck verliehen. Das ist ihr Verdienst. Es mag auch nichts schaden, wenn auf solchen Tagungen verschiedene Richtungen zum Ausdruck kommen, wenn auch zu bedauern war, daß die Anlage und übliche Überbelastung des Tagungsprogramms eine wirkliche Diskussion nicht aufkommen ließ. Die Menschen werden aber der Tagungen und Diskussionen müde und warten auf Taten, die endlich wahr machen, was schon lange gefordert wird.

Brennpunkte Fulda ist Sitz der Hauptstelle für der Männerseelsorge Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen. Seit mehr als zehn Jahren versammeln sich hier die Diözesan-Referenten für Männerseelsorge aller Diözesen Deutschlands, die Vertreter der Philosophisch-Theologischen Hochschulen, die Volksmissionare verschiedener Orden, führende Persönlichkeiten sämtlicher katholischer deutscher Männervereinigungen zu Aussprachekonferenzen. Die diesjährige Aussprachekonferenz behandelte als „Brennpunkte der Männerseelsorge“ die Fragen der Heimatvertriebenen, der Heimkehrer, des Wohnungsbaus und der geistigen Not des Landvolkes. Über 130 Delegierte sämtlicher katholischer Männervereinigungen waren erschienen, erstmalig auch Vertreter der christlich-sozialen Arbeiter-Bewegung aus Belgien und Holland. Bischof Dr. Johannes Dietz wies darauf hin, daß in Fulda keine billigen Lösungen gefunden werden könnten, jedoch können die hier gewonnenen Erkenntnisse bereits morgen wirksam werden, wo nur immer ein Mann die Dinge des öffentlichen Lebens mutig anpacke und sie mit christlichem Geiste erfülle.

Das brennende Gegenwartsproblem behandelte der bekannte Sprecher der Ostvertriebenen, der sudetendeutsche Augustinerpater Dr. Paulus Sladek, München. Er stellte nach einer gründlichen Aufzeichnung der Situation der

Heimatvertriebenen eine Anzahl sehr praktischer Vorschläge heraus. „Trotz aller noch berechtigter Klagen und trotz allen Versagens im einzelnen ist, allgemein gesehen, die Aufnahme der Vertriebenen in das zusammengeschrumpfte Vaterland eine staunenswerte soziale, sittliche, wirtschaftliche und politische Leistung unseres Volkes gewesen“, lautete das Fazit aller teils Besorgnis, teils Hoffnung erweckenden Feststellungen P. Sladeks, der vor allem für die wirtschaftliche Selbsthaftmachung der Vertriebenen eintrat, weil dann die seelische Beheimatung auch erfolge.

Bundesflüchtlingsminister Dr. Lukaschek nahm zu der wichtigsten Frage, dem Lastenausgleich, Stellung. Er sagte, es müsse eine Vermögensbelastung von 50% eintreten, wobei er persönlich eine Naturalverteilung befürworte. Innerhalb von vier Wochen werde das Lastenausgleichsgesetz vor den Bundestag gebracht werden. Regierung und Volksvertretung seien sich darüber klar, daß es spätestens innerhalb von vier Monaten verabschiedet sein müsse. Auch in der Angelegenheit der Beamtenpensionen, in der innerhalb der nächsten 14 Tage ein Gesetzentwurf eingebracht werden würde, werde eine Gleichstellung der ostvertriebenen Beamten mit den einheimischen erfolgen. Minister Dr. Lukaschek bezeichnete das Vertriebenenproblem in erster Linie auch als sittliches Problem, wie nämlich die neuen und die alten Bürger zusammenwachsen. Gerade hier werde sich zeigen, ob das deutsche Volk noch gesund und stark sei. „Denn wenn wir auch nie die Hoffnung auf eine Rückkehr aufgeben, so wissen wir doch, daß wir die Hilfe des ganzen einheitlichen Volkes nötig haben werden, um die vielleicht dereinst uns wieder überlassenen deutschen Gebiete, die verbrannte Erde sein werden, wieder aufzubauen. Wir haben jedenfalls die Hoffnung, daß wir Heimatvertriebenen mit unseren Leiden ein neues Europa mit aufbauen.“

In einer Entschließung, die sich mit den Beziehungen zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen befaßt, wird ebenfalls die strenge sittliche Verpflichtung zur sozial gerechten Verwirklichung des Lastenausgleichs hervorgehoben. Pater Ivo Zeiger sagte in der Aussprache, auch er wisse, daß die hier behandelten aktuellen Fragen nicht allein von Deutschland gelöst werden können. Die Christen müßten bereit sein, in einer Welt der Barbarei und Lieblosigkeit den Erweis der Liebe zu erbringen. „Das Problem der Heimatvertriebenen ist ein deutsches Problem, aber es ist noch mehr ein europäisches Problem, da seine Auswirkungen die gesamteuropäische Wirtschaft belasten“, sagte der belgische Kanonikus A. Brys, Berater der belgischen Christlich-Sozialen Arbeiter-Bewegung in Brüssel.

Auch die Heimkehrerfrage ist Brennpunkt der Männerseelsorge, wie aus dem Referat von Lagerpfarrer Dr. Krake, Friedland (Leine), durch dessen Lager 410 000 Rußlandheimkehrer gingen, hervorging. Das tiefe religiöse Erlebnis, das neue Verhältnis zur Arbeit, die Freude am Familienhaften, alle diese auf dem Hintergrunde einer völlig materialisierten Welt gewonnenen Einsichten, würden neue Ansätze für die Männerseelsorge und Männerarbeit bringen. Dritter Brennpunkt ist das Wohnungsproblem. Die Konferenz forderte beschleunigte Inangriffnahme der geplanten Wohnungsbauprogramme. „Mehr Familientische, weniger Schreibtische!“ heißt das Urteil über die Verbürokratisierung des Wohnungsbaus. Pfarrer Magnani aus dem durch den Caritas-Film „Antwort des

Herzens“ bekannten Odenwalddorf Hettingen berichtete über den Bau einer Siedlung für Vertriebene. Ebenso teilte Pater Prinz Felix zu Löwenstein SJ mit, daß es durch die Christliche Wohnungshilfe Karlsruhe möglich war, innerhalb von eineinhalb Jahren aus Ruinen 150 neue Wohnungen zu schaffen. Franz Nadler, Freiburg, betonte die Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe bei Errichtung von Wohnungen zur Gesundung des Familienlebens. Eine der stärksten Wurzeln unserer Volkskraft, das Bauerntum, ist durch Materialisierungserscheinungen bedroht. Die Konferenz besprach die erschreckende geistige Not im Landvolk. Die Referate von Domvikar Tenhumberg, Münster (Westfalen), Dr. Lohmiller, Paderborn, und Dr. Schneider, Köln, rieten zur Bildung eines bäuerlichen Laienapostolats, zur Schaffung von Bauernvolkshochschulen, die der Materialisierung des Landlebens entgegenwirken und zu einer intensiven Landjugendarbeit, besonders zur Schaffung einer katholischen Landvolkbewegung neben den wirtschaftspolitischen und berufsständischen Organisationen.

Die österreichische Caritas im Kampf um ihr Lebensrecht

Der Zusammenbruch des Nationalsozialismus bedeutete weder für die Kirche Österreichs im allgemeinen noch für die kirchliche Caritas die Wiedererlangung der Rechte und Vermögenswerte, die sie 1938 besessen hatte. Denn zunächst erschien es unmöglich, die gesamte durch den Nationalsozialismus geschaffene Rechtsordnung umzustossen und durch eine neue zu ersetzen. Man schuf vorläufige Lösungen, die dann aber in der Praxis zu einem Dauerzustand führten, da die Regierung andere Fragen für dringlicher hielt und nicht durch Aufwerfen weltanschaulich relevanter Fragen die Koalition OVP — SPÖ gefährden wollte. Dazu kommt als weitere Ursache des Festhaltens an der früheren Gesetzgebung die allgemeine Tendenz, möglichst viele Angelegenheiten der öffentlichen Hand zu überlassen.

So kommt es, daß die kirchliche Caritas in Österreich gegenüber der offensichtlichen Zurücksetzung in Gesetzgebung und Verwaltungspraxis einen schweren Kampf nicht nur um ihre Gleichberechtigung im öffentlichen Leben, sondern um ihre Existenz selber zu führen hat. Diese Sorgen kamen unter anderem auf der Anfang März in Salzburg tagenden Konferenz der Diözesandirektoren zur Sprache. Die Caritas Linz hat dann einen neuen Vorstoß unternommen, indem sie am 3. April die oberösterreichischen Nationalrats-, Bundesrats- und Landtagsabgeordneten aller Parteien zu einem Vortrag über die Situation und die Anliegen der Caritas einlud und ihnen darüber eine Denkschrift überreichte, bzw. den nicht erschienenen Volksvertretern der SPÖ zusandte.

Diese Denkschrift betont einleitend, daß die kirchliche Caritas im Rahmen der sogenannten „freien Wohlfahrtspflege“ den größten Platz einnimmt — zur Zeit bestehen in Österreich 277 Heime und Anstalten mit 24 400 Betten — und die staatliche Fürsorgearbeit durch Beistellung ihres Personals und ihrer Einrichtungen vielfach erst ermöglicht. Daher hat die Caritas ein Recht, an die gesetzgebende Körperschaft mit Wünschen heranzutreten und vor der Abfassung der einschlägigen Gesetze und Verordnungen gehört zu werden. Das erste Anliegen betrifft die Verpflegsböhen in den Krankenhäusern. Die von den Krankenkassen geleisteten Verpflegsböhen sind so niedrig, daß die Krankenhäuser damit nicht ihr Auslangen

finden. Und während die dadurch entstehenden Defizite bei den Krankenhäusern der öffentlichen Hand von den Steuerzahlern getragen werden, erhalten die konfessionellen Krankenhäuser, die denselben Dienst am kranken Menschen leisten, keinen Schilling aus öffentlichen Mitteln, weil noch immer die von den Nazis eingeföhrten Bestimmungen gelten. Die konfessionellen Krankenhäuser sind daher nicht mehr in der Lage, die bisherigen Verpflegssätze weiter zu gewöhren.

Ein anderes dringliches Anliegen ist die Rückstellung des kirchlichen Vermögens. Das zweite Rückstellungs-Anspruchsgesetz müßte endlich Gesetz werden, damit die Kirche und die kirchliche Caritas ihre früheren Vermögenswerte zurückverlangen könne. Die Denkschrift verweist auf die Praxis der Behörden, für die Benützung von Kindergarteneinrichtungen der ehemaligen NSV, die von dieser an Stelle von caritaseigenen Einrichtungen angeschafft wurden, eine Benützungsgöbör bzw. die Bezahlung des Kaufpreises in der Höhe des heutigen Schätzwertes zu verlangen. Die Caritas erhält also nicht nur keinen Ersatz für ihre ursprünglichen Einrichtungen, sondern sie soll sogar das vorhandene Mobiliar käuflich erwerben.

Die Steuergesetzgebung, insbesondere das Körperschafts- und Umsatzsteuergesetz, sieht in Österreich für eine caritative Tätigkeit nur sehr geringe oder gar keine Begünstigungen vor. Ungerecht ist jedenfalls die Anordnung, daß bei der Berechnung der Umsatzsteuer rückwirkend mit 1. Januar 1948 die Sachbezüge der geistlichen Schwestern einbezogen werden, eine Maßnahme, von der selbst die Nazis aus „Billigkeitsgründen dem Orden gegenüber“ Abstand nahmen. Die Denkschrift verweist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß die deutsche Bundesrepublik (bzw. die ihrer Gründung vorausgehende staatliche Verwaltung unter Hoheit der Militärregierung) schon vor Jahren, ohne die bestehenden Steuergesetze zu ändern, durch Erlasse weitgehende Erleichterungen für die caritativen Heime und Anstalten geschaffen hat.

Die Denkschrift beklagt es, daß die Caritas nicht herangezogen wird zur Vorbereitung der Fürsorgengesetzgebung. Auf amtlichem Weg wurde die Caritas noch nie über diese Dinge informiert oder zur Mitarbeit eingeladen, während es in anderen Ländern, z. B. in Deutschland, in der Schweiz und in Holland, gar nicht denkbar ist, daß ein Fürsorgengesetz ohne die Mitarbeit der Caritas geschaffen würde. Die Denkschrift fordert ferner den Verzicht auf jede Monopolstellung der öffentlichen Hand hinsichtlich Jugend-, Wohlfahrts- und Volksgesundheitspflege und die Beiziehung der Caritas bei der Ausarbeitung aller diesbezüglichen Gesetze und Verordnungen.

In einer Beilage zur Denkschrift werden die finanziellen Leistungen der oberösterreichischen Caritas in den Jahren 1946 bis 1949 aufgeföhrt. Die Diözesancaritas hat in dieser Zeit 4 767 000 Schilling und die 450 Pfarr-Caritasstellen insgesamt 10 787 000 Schilling aufgewendet, und zwar in der Hauptsache für Kindergärten, Kinder- und Jugendheime. Dazu kommen noch Naturalbeihilfen im Wert von 10 873 000 Schilling. Von den 30 Krankenanstalten in Oberösterreich befinden sich 11 (mit 52% der Gesamtbettenzahl) in kirchlichem Besitz, während in 13 Krankenhäusern der öffentlichen Hand geistliche Schwestern den Dienst tun. Von den 13 Kinderheimen sind 7, von 180 Kindergärten 146, von 15 Lehrlingsheimen 10, von 45 Schülerheimen und Konvikten 27, von

125 Altersheimen 30 in kirchlichem Besitz, wobei bei letzteren in 75 weiteren Heimen geistliche Schwestern Dienst tun. Gewiß eine Leistung, die Anspruch darauf hat, in Gesetzgebung und Verwaltung gebührend berücksichtigt zu werden, was gegenwärtig bei weitem nicht der Fall ist.

Apostolat des Tiroler Bildungswerks Während das Katholische Bildungswerk Tirol in den ersten Jahren seines Bestandes hauptsächlich in der Landeshauptstadt und in deren nächster Umgebung wirkte, erfolgte im Arbeitsjahr 1948/49 der entscheidende Durchbruch auf das Land hinaus. Im Sommer 1949 zählte man außer Innsbruck 21 örtliche Bildungswerke, die zusammen mit Innsbruck 215 Vorträge mit insgesamt 54 000 Besuchern veranstaltet hatten. Im Verlauf des Arbeitsjahres 1949/50 ist die Zahl der örtlichen Bildungswerke auf 29 angestiegen. Außerdem übernehmen vier Bildungswerke in Südtirol, Bozen, Brixen, Bruneck und Meran wesentliche Teile des Innsbrucker Programms. Der Eintritt ist noch immer unentgeltlich.

Jedes örtliche Bildungswerk wird von einer Männerrunde getragen. Nur durch die Werbung von Mann zu Mann ist genügend Publikum für geistig anspruchsvollere Themen aufzubringen. Auf diese Weise arbeiten rund 300 ehrenamtliche Helfer im Apostolat der öffentlichen Meinung mit, eine Zahl, die keine andere volksbildnerische Einrichtung Tirols erreicht.

Auch in der Art der Vorträge mußte bei der Ausdehnung des Wirkungskreises eine Änderung eintreten. Hatten sie früher mehr oder weniger akademischen Charakter, so sind sie seither volkstümlicher, d. h. anschaulicher geworden und werden durch das Lichtbild belebt. Aber noch immer wird größter Wert auf eine Diskussion im Anschluß an einen Vortrag gelegt. Im Sinne einer menschlichen Vollbildung wird jetzt auch Wert auf musische Darbietungen, z. B. auf Chorkonzerte gelegt. In diesen Zusammenhang muß auch die diesjährige Matreier Singwoche unter der Leitung von Dr. Felix Messerschmid gestellt werden. Sie führt den Untertitel „Werkwoche christlicher Erwachsenenbildung“.

Die Besucherzahlen einzelner Vorträge vermitteln einen ungefähren Begriff von dem, was bei dem städtischen, kleinstädtischen und ländlichen Hörerkreis des Kath. Bildungswerkes gefragt ist: Weitaus an erster Stelle stehen volkstümliche Vorträge über außerordentliche religiöse Erscheinungen. So brachte es der Vortrag von P. Albin Haböck OSFS über Konnersreuth (mit Farblichtbildern) in 79 Vortragsabenden in den verschiedenen Bildungswerken, aber auch an anderen Orten auf 25 000 Besucher. Davon aber nur 4000 in Innsbruck. Großen Erfolg wiesen ferner auf ein Missionsvortrag von P. Georg Munzlinger MSC, ein wahrhaft bahnbrechender Vortrag von P. Prof. Dr. Robert Svoboda OSCam unter dem Titel „Moralischer Zusammenbruch?“ und Vorträge über das Heilige Jahr. Erstaunlich wirkt in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß ein Vortrag „Beichten — leicht gemacht“ von Kaplan Bernhard Praxmarer volle Säle fand. Besonders die Männerwelt war für die Behandlung dieses Themas dankbar. Prof. Hofbauers Vortrag in Innsbruck „Schöpfung, Paradies und Sündenfall“ fand ohne besondere Propaganda 700 Besucher.

In einigem Abstand folgen Vorträgen über das Thema: Ehe ohne Liebe oder Liebe ohne Ehe, über Fragen der geschlechtlichen Aufklärung und der Erziehung überhaupt.

Weit weniger wurden Vorträge über naturwissenschaftliche, soziale und wirtschaftliche Probleme verlangt. Man darf daraus wohl den Schluß ziehen, daß das Kirchenvolk für die Aufgaben des Christen in der Welt von heute noch nicht genügend wach gerüttelt ist. Allerdings war der Vortrag, der im Berichtsjahr die höchste Besucherzahl aufwies, der von Fürsterzbischof Dr. Rohracher über Kardinal Mindszenty mit fast 3000 Zuhörern.

Wie gering die Anteilnahme des städtischen Publikums an parteipolitischen, wie stark hingegen an weltanschaulichen Fragen ist, wird durch folgenden Vergleich erhellt: Die Schlußwahlversammlung einer nichtsozialistischen Parteigruppe, der sicherlich die Sympathien des Großteils der Innsbrucker Katholiken gehörten und für die mit allen Mitteln geworben worden war, wies nur wenig über 200 Besucher auf. Bald danach fand der Vortrag von Prof. Friedrich Dessauer, Freiburg/Schweiz, statt: „Die Religion im Lichte der modernen Naturwissenschaft“. Rund 1000 Zuhörer füllten zwei Säle.

Welche Menschengruppen werden durch diese Form des Apostolates der öffentlichen Meinung erreicht? In Innsbruck, wo das Ziel der Arbeit immer ein „ausverkauftes Haus“ und daher eine gewisse Anonymität des Besuchers gesichert ist, findet sich immer wieder ein bestimmter Prozentsatz kirchenentfremdeter Menschen aus allen weltanschaulichen und politischen Lagern bei den Vorträgen ein. Unter den katholischen Besuchern fehlen vor allem, Ausnahmen abgerechnet, die Altakademiker, innerhalb dieser wieder die Politiker. In Innsbruck, aber auch in den Tiroler Kleinstädten läßt sich das liberale Besitzbürgertum trotz aller Bemühungen nicht für eine geistige Auseinandersetzung erwärmen. Wenn auch die Hauptfunktion des Katholischen Bildungswerkes noch geraume Zeit darin bestehen mag, vor allem das Kirchenvolk für die von Welt und Zeit aufgegebenen Fragen aufzuschließen, so scheint doch von dieser Gewissensweckung eine missionarische Wirkung auf jene Arbeiterschaft auszustrahlen, die nicht mehr marxistisch geschult ist. Auch die Intelligenz in ihrem nachdenklich gewordenen Teile scheint sich angezogen zu fühlen. Mit der Spitzengruppe eines über sich selbst erschreckten Bauerntums hat erst seit kurzem eine Fühlungnahme begonnen.

Aus Süd- und Westeuropa

Die UN und die Menschenrechte In Lake Success ist jetzt der erste Entwurf für ein völkerrechtliches Abkommen über die Verwirklichung der Menschenrechte fertiggestellt worden, das der berühmten Erklärung der Menschenrechte eine verbindliche Gestalt geben soll. Der Entwurf ist von der eigens dafür bestellten Kommission formuliert worden und jetzt dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN zur Prüfung zugegangen.

Der Entwurf nennt 15 bürgerliche und politische Rechte, die die unterzeichnenden Nationen innerhalb ihrer Grenzen uneingeschränkt zu garantieren sich verpflichten sollen. Unter diesen Rechten sind das Recht zu leben, die Freiheit des Denkens, des Gewissens und der Religion, die Freiheit der Versammlung und Vereinigung, der Bewegung, das Recht auf ordentliche Gerichte, die Freiheit von Sklaverei und Unterdrückung, von Erpressung, Mißhandlung und jeder Art unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung.

Zur Begründung dieser Rechte wird in der Präambel des Entwurfs gesagt: „Sie fließen aus der immanenten Würde der menschlichen Person.“ Die Kommission stimmt einmütig zu, den Entwurf in der gegenwärtigen Form an den Sozialrat zu leiten, ohne jedoch über seine weitere Behandlung Entschlüsse zu fassen. Libanon und die Vereinigten Staaten waren dafür eingetreten, den Entwurf unmittelbar vor die Generalversammlung zu bringen. Dänemark und Großbritannien dagegen wünschten seine vorherige Verabschiedung durch den Sozialrat und den Vorbehalt, daß die Kommission die möglichen Abänderungen des Sozialrats erneut überprüfen solle.

Der Entwurf will ausdrücklich den Staatsregierungen eine aktive Legitimation zur Klage wegen Verletzung der Menschenrechte zugestehen. Vier freie Organisationen, die bei den Vereinten Nationen beratende Rechte haben, reichten gegen diese Einschränkung Protest ein. Sie verlangten, daß auch freie Vereinigungen, ja sogar einzelne Personen berechtigt sein sollen, wegen Verletzung der Menschenrechte vor einem internationalen Gericht der Vereinten Nationen oder vor diesen selbst Klage zu erheben. Die Internationale Liga für Menschenrechte und der jüdische Weltkongreß haben erklärt, sie würden, wenn diese Einschränkung nicht beseitigt wird, das beabsichtigte Abkommen nicht unterstützen.

Einer der am meisten umstrittenen Artikel des Entwurfs sah vor, daß niemand gegen seinen Willen körperlich verstümmelt werden oder zum Gegenstand medizinischer oder wissenschaftlicher Forschungen gemacht werden dürfe. Dieser Artikel konnte nicht durchgesetzt werden. Statt dessen heißt es jetzt im Anschluß an das Verbot von Grausamkeit und Quälerei: „Insbesondere darf niemand gegen seinen Willen zum Gegenstand eines medizinischen oder wissenschaftlichen Experimentes gemacht werden, das Risiko in sich schließt, sofern dies nicht durch seinen eigenen körperlichen oder geistigen Gesundheitszustand erfordert wird.“ Diese Formulierung scheint einer willkürlichen Auslegung und der Möglichkeit des Mißbrauchs reichlich viel Raum zu geben.

Zu einer weiteren heftigen Auseinandersetzung kam es in der Frage von Krieg und Frieden. Ein Artikel der geplanten Rechtssatzung verbietet die Unterstützung nationaler, rassischer oder religiöser Feindseligkeit und die Aufforderung zu Haß und Gewalt. Diese Formulierung wurde vom libanesischen Delegierten, Dr. Malik, angegriffen, weil sie „den Frieden um jeden Preis“ erhalten wolle. „Es gibt aber ein höheres Ideal als den Frieden, und das ist die Wahrheit“, sagte Malik. Wie der Artikel lautet, könnte die Kritik einer fremden Ideologie als Unterstützung nationaler Feindseligkeit ausgelegt werden. „Die Idee der Wahrheit sollte ganz gewiß über den Frieden um jeden Preis gestellt werden, und es sollte kein Artikel in das Gesetz aufgenommen werden, der es den Regierungen gestatten könnte, die Tätigkeit von Gelehrten, mit der sie nicht einverstanden sind, als eine Aufforderung zur Feindseligkeit zu deuten und sie an der Veröffentlichung ihres Werkes zu hindern.“ Auch Frau Roosevelt unterstützte die Einwendungen Maliks. Sie legte dar, daß die Aufnahme einer solchen Klausel des Friedens um jeden Preis in die Friedensverträge mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn diesen Regierungen den Vorwand lieferte, die ihnen unbequemen politischen und religiösen Gruppen in ihren Ländern wegen „Störung des Friedens“ zu verfolgen.

Eine Mahnung des Papstes an die französischen Bischöfe, die zur Zurückhaltung der Steuern ermuntert hatten

Wir haben in unserm vorigen Heft (S. 393) über den „Steuerstreik“ französischer Katholiken aus den westfranzösischen Provinzen berichtet, der auf die Regierung einen Druck zugunsten der finanziellen Unterstützung der freien — katholischen — Schulen ausüben sollte und der von einer Anzahl von Bischöfen jenes Landesteiles ermutigt und gestützt worden ist.

In der Ansprache bei der Heiligsprechung Johanna's, der Königin von Frankreich, die vor kurzem stattgefunden hat, hat nun Papst Pius XII. einige Sätze gesagt, die man allgemein als eine Mahnung an diese Bischöfe auffaßt. Die Stelle in der Ansprache lautete:

„Verteidigt sie (eure marianische Überlieferung) gegen diejenigen, die die Bindung an eure alten glorreichen Überlieferungen zerrissen haben, durch tapfere Ausdauer im Kampf um eure heiligsten Interessen und zugleich durch das Beispiel der Achtung vor den gerechten Gesetzen und der rechtmäßigen Ordnung des Staates . . .“

Dazu bemerkt „Le Monde“ unterm 4./5. Juni: „In den autorisierten Kreisen interpretiert man diese Erklärung als formelle Verurteilung des kürzlich von gewissen französischen Prälaten geführten Feldzugs zugunsten der Unterrichtsfreiheit, wobei sie die Steuerzahler aufgefordert haben, zum Protest ihre Steuern nicht zu zahlen“.

Das italienische Landproletariat

Eine Schicksalsfrage für den Bestand der italienischen Demokratie und zugleich sowohl für die Aufrichtigkeit der christlich-sozialen Bewegung als auch für die Durchführbarkeit ihrer Ideen ist das italienische Landproblem. Man hat davon in unseren Ländern nur eine sehr allgemeine Vorstellung. In einem Aufsatz der italienischen Zeitschrift „Realtà sociale d'oggi“ (Februar 1950) gibt Celestino Melzi einen Überblick über die Tatsachen dieses Problems, der soziale Zustände im kapitalistischen Westeuropa in eindringlichster Weise beleuchtet.

Zahlen

Die Schicht der italienischen Nur-Lohnarbeiter auf dem Lande umfaßte zur Zeit der letzten Volkszählung im Jahre 1936 im ganzen 2340445 Personen (ausschließlich der Familienangehörigen). Von ihnen waren 22,35% im Besitze eines Dauervertrages und 77,65% Tagelöhner mit mehr oder weniger regelmäßiger Beschäftigung. 62,76% standen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren, darunter etwa $\frac{1}{3}$ weibliche Arbeitskräfte. Die übrigen zählten 10 bis 17 Jahre (343537) oder waren über 65 (133330). Das heißt, folgert Melzi, im ganzen 800000 Menschen mußten infolge der sozialen Verhältnisse auf eine geordnete Ausbildung, auf die Ruhe des Alters oder auf die geordnete Haushaltsführung als Ehefrauen verzichten.

Etwa 1,1 Million sind in den Großbetrieben Norditaliens tätig. Unter ihnen befinden sich die meisten derjenigen, die das Glück haben, einen Dauervertrag zu besitzen. In Süditalien dagegen gibt es nur 80000 dieser Glücklichen. Ihnen stehen 850000 völlig ungleichmäßig beschäftigte Gelegenheitsarbeiter gegenüber. Die Arbeitslosigkeit unter ihnen ist in Wirklichkeit drückender, als es in der Statistik erscheint; denn sie arbeiten häufig nur mit einem Teil ihrer Kapazität.

Löhne

Die Löhne sind an und für sich etwas besser als 1936. Sie betragen bei den Vertragsarbeitern das 70fache, bei den Freiarbeitern das 60fache von damals, während die Lebenskosten etwa um das 50fache gestiegen sind. Doch wird das nach der negativen Seite mehr als ausgeglichen, wenn man berücksichtigt, daß die mittlere Arbeitslosigkeit stark gestiegen ist und daß die Fälle der Übernahme untertariflich bezahlter Arbeit weit häufiger sind.

Wohnungen

Auch die Festangestellten nehmen teil an den allgemeinen sozialen Mißverhältnissen des Landproletariates. Unter ihnen ist besonders das Wohnungselend zu erwähnen. Es wird von Rossi-Doria in seinem Buch „Riforma agraria e azione meridionalista“ für den Süden wie folgt geschildert: „Alle italienischen Landarbeiter verfügen im allgemeinen über ungenügende Wohnungen, elend, ohne jeden Komfort, aber die der Landarbeiter im Süden stehen unter jeder Zivilisationsgrenze: ... sie sind fast immer ohne Fenster und bestehen aus einem einzigen Raum, der zugleich als Behausung, Stall und Küche dient und durcheinander Mensch und Vieh, Frauen und Kinder, Junge und Alte beherbergt. ... Dieser Wohnungstyp ist wirklich der Index, um nicht zu sagen das Symbol des ganzen Lebens der Landarbeiter im Süden. Es ist ein Leben von Menschen, die von der Erde beherrscht werden, statt sie zu beherrschen. Sitte, Familienleben und bürgerliches Leben dieser Italiener sind so, wie sie bei diesen Wohnungsverhältnissen sein können: eine Sitte, beherrscht von rohem, unvernünftigem Aberglauben; ein Familienleben, zwar gemütmäßig stark und temperamentvoll, doch weit entfernt von den Formen zivilisierter Menschen, von gleichmäßiger Intimität, von kultiviertem gegenseitigem Respekt; und von bürgerlichem Leben ist weder dem Wort noch der Sache nach etwas vorhanden.“

Ohne Hoffnung

Noch tiefer als durch das Wohnungselend und die Primitivität der Lebensweise wird dies Proletarierelend durch die vollständige Hoffnungslosigkeit bestimmt, in der die Menschen seit einem halben Jahrhundert von einer Generation zur anderen dahinleben. Melzi ist der Ansicht, daß der geistige Verfall, der dadurch hervorgerufen worden ist, nur durch die Hoffnung auf den Aufstieg zum Bauerntum, die Hoffnung auf einen, wenn auch kleinen, eigenen Besitz aufgehoben und gewendet werden kann. Es wird aber nicht mit einer bloßen Landverteilung getan sein. Sie muß unbedingt durch ein elastisches und ausgedehntes System der Hilfeleistung für die Kleinbauern ergänzt werden, damit sie lebensfähig und krisensicher werden. Das ist eine soziale und eine politische Lebensfrage für Italien. Heute ist das Landproletariat zu 50% kommunistisch oder linkssozialistisch. 38% wählten die Democrazia cristiana. Dies ist nicht nur eine Hoffnung, sondern zugleich eine Sorge!

Produktivität oder soziale Reform?

Einer Lösung des Landproblems durch Bodenverteilung stehen aber große volkswirtschaftliche Bedenken entgegen, und dies ist einer der Gründe, warum die Bodenreform so zögernd betrieben wird. In einem Aufsatz: „Consideraciones acerca de la politica agraria italiana“

im spanischen „Fomento social“ (5. Jg., H. 18 — April bis Juni 1950 — S. 175—191) gibt der italienische Volkswirtschaftler Angel Perego davon ein düsteres Bild. Vergleicht man Italiens Bevölkerungsdichte mit derjenigen Frankreichs, dann zeigt sich, daß Italien auf einer bebaubaren Fläche, die nur halb so groß ist wie die Frankreichs, 13 Millionen Menschen mehr ernähren soll als Frankreich, d. h. etwa das Fünffache! Vor diesem Problem versagt die Lösung durch eine Agrarreform. Italien ist gezwungen, seine Landwirtschaft coûte que coûte zu rationalisieren, gleichgültig oder vielmehr ohne Rücksicht darauf, ob es sozial wünschenswert wäre, mehr Kleinbesitz zu schaffen. Für weite Gebiete ist das unter dem Gesichtspunkt der Produktivität geradezu unsinnig. Im Norden z. B. müßte die großräumige Betriebsform vermehrt werden. Es bleibt allenfalls zu überlegen, ob man den sozialen Erfordernissen dadurch entgegenkommt, daß man eine Kollektiv- oder Kooperativwirtschaft einführt. Das Gemeinwohl, sagt Perego, spricht deutlich gegen eine allgemeine Bodenaufteilung in Italien. Er sieht die Lösung der Eigentumsfrage für die Arbeiter in der Einführung von Gewinnbeteiligung, für die er die Quote von 25% zur Diskussion stellt.

Aber ob dies alles genügen wird, scheint ihm fraglich. Er deutet an, es könnte der Augenblick kommen, da Italien mit dem Ernährungsproblem nur fertig werden kann durch eine Planwirtschaft oder gar Kollektivwirtschaft, die die ganze Landwirtschaft im Staate umgreift. (Der Aufsatz ist in einer bekannten katholischen sozialen Zeitschrift veröffentlicht!) Auch das Landarbeiterproblem selbst ist in Italien mit Bodenreform nicht zu lösen, sagt Perego. Selbst wenn man Zwerghöfe schaffen sollte, die nur durch fortwährende Subventionen am Leben erhalten werden könnten, würden weniger als 40% der Landarbeiter ein Unterkommen finden. Entweder muß man den Kleinbesitz in Kooperativbetrieben zusammenfassen oder den Großbesitz durch Beteiligung der Arbeitenden in irgendeiner Form auflockern, um die sozialen Spannungen zu beheben und zugleich die Produktivität nicht zu gefährden. Beides aber vermag für sich allein den sozialen Gefahrenherd des Bevölkerungsüberdrucks nicht zu immunisieren.

Tagung der katholischen Akademiker Frankreichs

Zum drittenmal nach dem Krieg fand eine Tagung der katholischen Akademiker Frankreichs, eine „Semaine des Intellectuels Catholiques“ Anfang Mai in Paris statt. Diese Tagungen stellen große und bedeutende Kundgebungen katholischen Geisteslebens dar, und es ist bereits Tradition geworden, daß eine Anzahl der bekanntesten katholischen Intellektuellen auch anderer Länder daran teilnehmen, wodurch der Charakter der Katholizität gesteigert und der Glanz der Veranstaltung erhöht wird. Aber auch in diesem Jahr, wie in den vorhergehenden, sind die Teilnehmer der Tagung mehr noch als von dem glänzenden Aufgebot christlichen Geistes von der Lebendigkeit des gemeinsamen Glaubens ergriffen gewesen. Die Tagung hatte zum Thema: Humanisme et Grâce — Humanismus und Gnade — worunter nach französischem Sprachgebrauch etwa „Die menschliche Wirklichkeit und die Gnade“ zu verstehen ist. Ein umfassendes Thema, zu dem Theologen, Biologen, Psychologen, Soziologen, Publizisten und Dichter das Wort ergriffen.

Von deutscher Seite sprach gleich am ersten Abend *Romano Guardini* über Mythos und Offenbarungswahrheit und am letzten Tag *Walter Dirks* über den deutschen Katholizismus, und beide gehörten zu den eindrucksvollsten Sprechern, die den größten Beifall ernteten, so daß hierin die Hochherzigkeit der französischen Katholiken und die Versöhnung der Nationen im Glauben einen beglückenden Ausdruck fanden.

Unter den französischen Rednern waren viele, die den Lesern der Herder-Korrespondenz als Führer und Träger des katholischen Geisteslebens in Frankreich wohlbekannt sind. Einige der Vortragsreihen hatten naturgemäß durch ihr Thema ein größeres Gewicht als andere. So waren die Vorträge über „Seelischen Determinismus und Gnade“ von großer Aktualität, sie schlossen mit einem glänzenden Vortrag des Jesuiten P. *Beirnaert*. Eindrucksvoll waren die Vorträge der Dichter (vornehmlich der des Schriftstellers *J. Cayrol*) über „Helden und Heilige“. An erster Stelle im Hinblick auf Aktualität stand aber wohl die Vortragsreihe über „Soziologischen Druck und menschliche Freiheit“ mit der meisterhaften Analyse des Toulouser Professors *Georges Hahn*, der Kritik *Waldemar Gurians* am Sowjetmarxismus und dem Zeugnis des Mathematikers *Légaut*, der seinen sozialen Rang aufgegeben hat, um einfacher Bauer zu werden. Sehr interessant war auch die Behandlung der Frage, ob es eine feststehende menschliche Natur gebe. Drei Laien, *Etienne Borne*, *Jean Guillon* und *Jacques Paliard*, übten Kritik am scholastischen Menschenbild, und die Bischöfe und Theologen applaudierten. Wir können hier nur gleichsam die Situation dieser Tagung angeben. Doch hoffen wir, sobald die Vorträge im Druck vorliegen, über die bedeutendsten ausführlich referieren zu können.

Es bleibt noch zu sagen, daß bei Gelegenheit dieser Tagung der neue Erzbischof von Paris, Msgr. *Feltin*, zum erstenmal seit seiner Inthronisierung deutlich mit seinem Wort hervorgetreten ist. Er bekannte, daß weder Papst noch Kirche in der praktischen Wirklichkeit von vorn herein in jedem konkreten Fall die Grenzen zwischen dem Christlichen und dem Unchristlichen festlegen können, sondern daß die Christen hier nach ihrem Gewissen und ihrer Freiheit, deren sie sich bedienen sollen, entscheiden müssen. Für den Christen handle es sich darum, beide Enden der Kette in der Hand zu behalten: nicht aus Liebe zu Gott auf den Menschen zu verzichten und nicht aus Liebe zum Menschen auf Gott zu verzichten. Doch dann darf der Christ nicht in der Nachhut bleiben, sondern er muß in vorderster Linie Geschichte machen.

Staatskirchentum und Protestantismus in Spanien

Die Rechtsstellung der Protestanten in Spanien bildet in der Weltöffentlichkeit seit langem den Gegenstand lebhafter Vorwürfe gegen die katholische Kirche. Vor einiger Zeit hat der Beauftragte für internationale Beziehungen bei der National Catholic Welfare Conference von USA, Mr. Richard Pattee, Spanien bereist und daraufhin eine Broschüre über „Die religiöse Frage in Spanien“ herausgegeben, in der er sich zum Verteidiger der spanischen Rechtsordnung macht. Er muß sich in der katholischen Zeitschrift „The Commonweal“ (26. Mai 1950) daraufhin einen scharfen Angriff gefallen lassen. Wir berichten darüber wegen der grundsätzlichen Bedeutung der beiderseitigen Argumente. Mr. McMahon, der Verfasser des Aufsatzes, der dem Lehrkörper einer katho-

lischen Universität angehörte, bevor er sich der Publizistik widmete, wirft Pattee vor, daß er das Interesse der Kirche mit dem Interesse eines politischen Systems verwechsle.

Pattee, sagt er, muß zugeben, daß die Protestanten in Spanien unter Ausnahmegesetz stehen. Zur Eröffnung von Gotteshäusern bedürfen sie besonderer Erlaubnis. Sie haben nicht das Recht, öffentlich ihren Glauben zu bekunden. Wenn ihre Kinder staatliche Schulen besuchen, müssen sie am katholischen Religionsunterricht teilnehmen, soweit sie Spanier sind. Man sollte meinen, sagt der Verfasser, daß solche Praktiken heute allgemein verurteilt würden, da sie das Elternrecht mißachten. Um so verwunderlicher ist es, wie Pattee sie rechtfertigt.

Spanien, sagt er, ist zu 99% katholisch. Der Wille der überwiegenden Mehrheit muß entscheiden. Wenn in Schweden und in der Schweiz die Katholiken benachteiligt werden, warum regt man sich über Spanien auf? Für die Erhaltung der spanischen Einheit ist es entscheidend, daß die religiöse Einheit gewahrt bleibt; denn sie ist das eigentlich einigende Band der spanischen Nation.

Pattee scheint zu vergessen, fährt McMahon fort, daß die religiöse Einheit in Spanien nur auf dem Papier steht. Millionen aus den niederen Klassen sind der Kirche vollständig entfremdet. Die Kirche stützt sich in der Hauptsache auf die mittleren und oberen Klassen, und auch auf diese nicht uneingeschränkt. Wer ist es denn gewesen, der in der Vergangenheit den spanischen Antiklerikalismus gemacht hat? Sicher nicht die Protestanten. Es gibt unzählige spanische Antiklerikale. Wer Spanien bereist hat, weiß, daß zwischen der Staatskirche und dem armen Volk eine tiefe Kluft besteht. Auch die Armen in Spanien tragen in der Tiefe ihrer Seele ein katholisches Glaubenserbe mit sich. Aber zu behaupten, sie wären treue Söhne der Kirche, das würde heißen, vor einer tragischen Tatsache fliehen. Diese Kluft hat sich seit dem Ende des Bürgerkrieges vertieft. McMahon wagt den Satz: „Die Situation ist so ernst, daß, wenn nicht in den nächsten paar Jahren Maßnahmen getroffen werden, um die Kirche vom Regime zu lösen, aller Wahrscheinlichkeit nach ein furchtbarer Preis dafür bezahlt werden wird.“

Der Glaube wird in der spanischen Öffentlichkeit gegenwärtig mehr denn je zur Schau getragen, aber leider allzu sehr in Verbindung mit dem Regime. Eine Rundfrage bei 4000 Büroangestellten in Barcelona, die in der spanischen katholischen Zeitschrift „Fomento Social“ veröffentlicht wurde, zeigte, daß über die Hälfte von ihnen religiös völlig indifferent war. Unter den Arbeitern sind die Dinge weit schlimmer. Dieselbe Zeitschrift berichtet aus Malaga: „Die religiöse Lage ist ausgesprochen schlecht, sowohl in der Stadt wie auch auf dem Lande.“ Von Granada heißt es: „Auf dem Lande geht einer von tausend zur heiligen Messe.“ Der Bischof von Jaén in Andalusien erklärte: „Vom Vater auf den Sohn wird die völlige Unkenntnis Gottes vererbt.“ Was will es angesichts dieser Tatsachen heißen, fragt McMahon, wenn Pattee behauptet, Spanien sei überwiegend katholisch, und wenn er im Namen der 99%igen katholischen Majorität die rechtliche Benachteiligung der Protestanten rechtfertigt?

Auch das zweite Argument Pattees, daß die spanische Einheit auf der Einheit im Glauben beruht, ist fragwürdig. Zum Beweise dafür kann das Schicksal der Basken dienen, die McMahon als das treueste katholische Volk von Spanien bezeichnet. Trotzdem fressen sie den Haß gegen die Spanier in sich hinein, und sie haben Grund dazu. In den letzten Monaten mußten auf Befehl von Franco sogar die

baskischen Inschriften von den Gräbern entfernt werden. Man sollte also auf katholischer Seite vorsichtig sein, schließt der Verfasser, wenn man die konfessionelle Intoleranz nur mit solchen Argumenten rechtfertigen kann, wie Pattee es tut.

Aus Ost- und Südosteuropa

Weitere Übergriffe in der Tschechoslowakei Die tschechoslowakische Regierung begnügt sich nicht mehr mit der Kontrolle der Bischöfe durch politische Kommissare. Sie hat dem ersten Versuch zur Usurpation eines Bistums in Neusohl (Slowakei) jetzt einen weiteren Übergriff folgen lassen, indem sie den Geistlichen Joseph Buchta zum Generalvikar der Diözese Budweis ernannte. Auch diese Ernennung wurde damit begründet, daß der Bischof nach dem Tode des bisherigen Generalvikars seine Pflicht versäumt habe, im Einvernehmen mit der Staatsbehörde einen Nachfolger zu bestellen. Der Bischof hatte es vorgezogen, die Stelle gar nicht mehr zu besetzen. Ein weiteres Ereignis, das den brutalen Charakter der Verfolgung offenbarte, war die „Bartholomäusnacht“ vom 13. zum 14. April in den tschechischen Klöstern. In dieser Nacht drang die Polizei in die Klöster ein, um die seit langem angekündigte „Zusammenlegung“ durchzuführen und die überflüssig gewordenen Klöster dem Volke nutzbar zu machen. Die Patres, die z. T. mißhandelt wurden, durften nur eben das Notwendigste für ihren persönlichen Bedarf zusammenpacken und wurden dann in sogenannte „Konzentrationsklöster“ gebracht. Dort leben sie auf engstem Raum zusammengedrängt in unwürdigen Verhältnissen und haben an allem Mangel. Aus Preßburg liegen Berichte vor, nach denen dieser Überfall mit zahlreichen sakrilegischen Szenen in den Kirchen und Kapellen der Klöster verbunden war. Die Kirchen sind nunmehr verwaist und ausgeplündert. Offenbar läßt man sie vorläufig verwahrlosen. Es wird berichtet, daß sich zahllose Gläubige, ungeachtet aller Drohungen und Verfolgungen, in den Gotteshäusern zusammenfinden, um für ihre geschlagenen Hirten zu beten.

Über die Auswirkungen der staatlichen Kontrolle auf das kirchliche Gemeindeleben orientiert uns ein neuer Erlaß des Prager Kirchenministeriums. Es überträgt den örtlichen Behörden die Überwachung jeder Art von religiöser Tätigkeit und die ständige Aufsicht über die Finanzverwaltung der kirchlichen Ämter und Gemeinden. Besonders hervorgehoben wird die Pflicht zur ständigen Überwachung des Religionsunterrichtes und außerordentlicher religiöser Veranstaltungen. Durch dieses Dekret werden die Geistlichen von den örtlichen politischen Machthabern vollständig abhängig. Zu dieser Abhängigkeit gesellt sich eine ununterbrochene persönliche Belästigung durch Agenten, die den Auftrag haben, die Geistlichen zum Eintritt in die kommunistische „Katholische Aktion“ zu nötigen. Nach den Meldungen, die uns vorliegen, behauptet sich der Klerus im ganzen standhaft. Jedoch hat die Zahl der abgefallenen Priester anscheinend etwas zugenommen; denn es wird von Konferenzen und Kundgebungen solcher Geistlicher an verschiedenen Orten des Landes berichtet. In der Resolution von einer dieser Kundgebungen heißt es: „Wir werden uns keineswegs von denen einschüchtern lassen, die unsere Tätigkeit als häretisch verschreien. Wir erklären, daß wir katholische

Priester sind und bleiben werden und daß wir darum die Bestrafung nicht annehmen, die man uns wegen unserer Haltung auferlegt hat.“ Im übrigen machen sie sich die Argumente der Kommunisten zu eigen, polemisieren gegen den vatikanischen Imperialismus und betonen die Übereinstimmung der Ideale von Christentum und Kommunismus.

Auch in der Tschechoslowakei sucht man nach dem Vorbild Rumäniens und Karpathorußlands die griechisch-unierte Kirche in einem verkürzten Verfahren zu erledigen. Am 28. April wurde in Prešov die Vereinigung mit der Orthodoxie ausgerufen. Die anwesenden Priester, anscheinend allerdings eine sehr kleine Anzahl, gelobten dem Moskauer Patriarchen Alexius Gehorsam.

Inzwischen ist die Leitung des Kirchenministeriums von Cepicka auf den ehemaligen Ministerpräsident Fierlinger übergegangen. Er hat die Bewegungsfreiheit der Bischöfe weiter eingeengt, indem er ihnen verbot, öffentlich Gottesdienst zu halten oder öffentlichen Gottesdiensten beizuwohnen. Grotesk wirkt die gleichzeitig aufgestellte Behauptung, daß Erzbischof Beran in seiner Bewegung völlig frei ist. Sie trifft zusammen mit der Nachricht, daß im Hause von Erzbischof Beran eine größere Versammlung patriotischer Priester stattgefunden hat, bei der ausgerechnet der exkommunizierte Minister Plojahr die Hauptrede hielt. Daraus geht zur Genüge hervor, wie es um die Freiheit des Erzbischofs in seinem eigenen Hause bestellt ist.

Fortdauer der antikirchlichen Propaganda in Polen Nach einer Meldung der Catholic-Press in New York wird die antikirchliche Propaganda in Polen auch nach dem Abschluß des Übereinkommens mit den polnischen Bischöfen fortgesetzt. Sie besteht vor allem in Maßnahmen zur Einschüchterung des Klerus und in einer Presse- und Theaterpropaganda. Schon unmittelbar nach Abschluß des neuen Abkommens richtete die polnische Presse scharfe Angriffe gegen den Heiligen Stuhl, in denen die Persönlichkeiten des Vatikans als „Anstifter zum Chaos“ bezeichnet wurden.

Zu gleicher Zeit zeigte das polnische Theater in Warschau, eines der ersten im Lande, ein Schauspiel des ungarischen Kommunisten Julius Hay unter dem Titel: „Gott, der Kaiser und der Bauer“, das vor dem Hintergrund des 16. Jahrhunderts den Heiligen Stuhl als einen Schauplatz politischer Intrigen, die Religion als ein Mittel, um den Menschen auszubeuten, und den Gottesglauben als lächerlichen Aberglauben hinstellt.

Nach Meldung derselben Agentur bereitet man in Polen ferner weitere Priesterprozesse wegen staatsfeindlicher Tätigkeit vor. In den allerletzten Wochen sind eine Anzahl von Priestern im Zusammenhang mit der Aktion gegen den früheren Caritasverband verhaftet worden. Andere erlitten das gleiche Schicksal, weil sie sich weigerten, Erklärungen zu unterschreiben, die ihnen vorgelegt wurden. Auch hat die Regierung noch nicht Miene gemacht, die Hunderte von Priestern aus dem Gefängnis zu entlassen, zu deren Befreiung sie sich in dem geheimen Zusatz zum polnischen Kirchenabkommen verpflichtet haben soll. Dies ist ja, wie man annahm, einer der Gründe, durch die die polnischen Bischöfe zu ihrem Entgegenkommen bestimmt wurden. Auch die Bemühungen zur Bildung einer kommunistischen Organisation „patriotischer Priester“ werden fortgesetzt. Bei den Versammlungen

dieses Vereins bildet die Kritik der kirchlichen Autorität das Hauptthema.

Wie wir schon in der Erläuterung zum polnischen Kirchenabkommen (Vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., H. 9, S. 414) hervorhoben, schafft die Verpflichtung der Bischöfe, die Gläubigen zu verstärkter Arbeit für die Nation zu ermuntern, nichts anderes als neue Gelegenheiten, ihnen eine Verletzung des Abkommens vorzuwerfen. Eine solche Gelegenheit bietet die augenblickliche Unterschriften-sammlung für den Frieden. Die Bischöfe von Siedlce und Tarnow müssen sich von der führenden Warschauer Zeitung die schärfsten Vorwürfe gefallen lassen, weil sie ihren Priestern die Teilnahme an dieser Aktion untersagt haben. „Die Haltung der Bischöfe Swirski und Stepa verdient schärfste Verurteilung und wird von der Allgemeinheit entsprechend gewertet werden. Sie steht im Gegensatz zum Abkommen zwischen der Regierung und der Hierarchie.“ Artikel 9 des Abkommens lautet ja: „In Übereinstimmung mit den Lehren der Kirche wird die Hierarchie jede Anstrengung zur Stärkung des Friedens unterstützen.“ Nach Auffassung der polnischen Regierungskreise ist die Nichtteilnahme an der Unterschriften-sammlung und erst recht eine Erklärung dagegen ein evidenter Fall von Hinterhältigkeit der Bischöfe.

Ungarische Drohung Nach einer Meldung von Associated Press aus Budapest (7. 6. 1950) kündigte der ungarische Erziehungsminister Revai, der zugleich für die geistige Schulung der Partei verantwortlich zeichnet, in einer Rede am 5. Juni der katholischen Kirche einen verschärften Kampf an.

Den Anlaß dazu bot ihm die Tatsache, daß die ungarischen Bischöfe sich gegen die Unterschriftensammlung für den Frieden ausgesprochen haben, die gegenwärtig das Steckenpferd der Moskauer Propaganda ist. Revai zog daraus den Schluß, daß die Bischöfe durch diese Weigerung erneut einen Beweis für die Gesinnung abgelegt haben, die sie früher schon veranlaßte, der Republik den Treueid zu verweigern. Die Regierung müsse es sich jetzt überlegen, ob sie weiterhin die Existenz der katholischen Orden und Einrichtungen dulden könne. Sie werde jedenfalls die kirchliche Tätigkeit unter strenge staatliche Kontrolle nehmen.

Den Hintergrund dieser Drohung bildet die Enttäuschung der Kommunisten über die Entschiedenheit, mit der der katholische Klerus von Ungarn die Weisung der Bischöfe in dieser Sache befolgt hat. Selbst die arglistige Harmlosigkeit der Friedenserklärung hat diese Entschlossenheit nicht zu brechen vermocht.

Eine Erklärung des Zentralorgans der kommunistischen Partei spiegelt den Ärger der Partei wider. Darin heißt es:

„Es gab Leute, die unmißverständlich zeigten, daß sie nicht zum Volke gehören, die nicht Anhänger, sondern Feinde des Friedens sind. Sie machten Front gegen die Friedensbewegung, verweigerten ihre Unterschriften oder sie setzten hinterlistig ihre Namen in die Listen und agitierten gegen den Frieden. Es sind dies die Kulaken, die ehemaligen Großgrundbesitzer und Kapitalisten, die auf Kriegsgewinne spekulierenden Verbrecher, vor allem aber die katholischen Bischöfe und unter deren Führung die Ordensgeistlichen, Prälaten, Nonnen und der ganze Klerus.“

Das Blatt berichtet, daß der Bischof von Györ die Unter-

zeichnung der Listen verboten habe. Auch der Guardian der Franziskaner von Hatvan, P. Christian Rafael, habe den Patres seines Klosters die Unterzeichnung verboten. Der bischöfliche Vikar Dr. Hossz verweigerte die Unterschrift mit der Begründung, daß er nicht politisiere. Der Bischof von Waitzen war nicht bereit, eine aus 80 Mitgliedern bestehende Delegation zu empfangen, welche ihn für die Unterstützung der Friedensbewegung gewinnen wollte. „Auf Weisung der kriegshetzlichen Bischöfe“ verweigerten Pfarrer, Ordensgeistliche und Ordensschwestern die Unterzeichnung. Der Pfarrer von Papaalsováros bedrohte die Gläubigen, falls sie die Listen unterzeichnen, der Pfarrer des Dorfes Sari soll erklärt haben, daß kein Erdmensch den Krieg verhüten könne. Es habe aber auch Pfarrer gegeben, die sich in die Friedensliste eintrugen, gleichzeitig aber gegen den Frieden agitierten. Im Anschluß an diesen Mißerfolg der Kommunisten hat sich die öffentliche Propaganda gegen die Kirche verschärft, gleichzeitig schreitet die Liquidierung kirchlicher Einrichtungen vorwärts.

In aller Stille wurde das bekannte Exerzitienhaus der Jesuiten in Budapest, „Manreza“, in eine Parteischule verwandelt. In Eger und Budapest wurden die Klöster der Englischen Fräulein, in Pécz mehrere kirchliche Gebäude beschlagnahmt. Die üblichen vorösterlichen Pfarre-exerzitien wurden durch starke Propaganda, welche die Teilnehmer als Arbeits-Saboteure hinstellte, behindert. Während bisher das innerkirchliche Leben relativ noch wenig gestört war, fangen die Kommunisten jetzt an, in die Kirchen selbst einzudringen. Die traditionelle Marien-Wallfahrt nach Györ vom 25. März wurde durch Spezialabteilungen der Polizei behindert, und Ostern versuchte man als kommunistisches „Fest der Jugend“ hinzustellen. Auf dem flachen Lande werden „Kurse gegen den Aberglauben“ veranstaltet, die sich gegen die christliche Religion richten. Wegen Verweigerung der Friedensunterschrift wurden ca. 20 Geistliche verhaftet. Daß der christliche Geist aber im Volke noch lebt, zeigten die Oster-Gottesdienste in Budapest, denen noch nie gesehene Volksmengen, teilweise mit Tränen in den Augen, beiwohnten. Auch Protestanten erscheinen nun selbst in Marien-Andachten, da sie mit der nachgiebigen Haltung vieler ihrer Bischöfe nicht einverstanden sind.

Die Verfolgung in Jugoslawien

Die katholische Welt hat den Bruch zwischen Tito und dem Kreml und seine Annäherung an den Westen mit der Hoffnung begleitet, daß diese politische Entscheidung auch eine Änderung oder wenigstens eine Mäßigung der kirchenfeindlichen Haltung seiner Regierung einleiten werde. Oftmals schon ging seit jenen Tagen das Gerücht von einer bevorstehenden Freilassung von Erzbischof Stepinac um. Alle diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die Verfolgung der Kirche vollzieht sich seitdem zwar weniger dramatisch, aber nicht weniger methodisch.

Darüber gibt „La Civiltà Cattolica“ (1950, I, 581), die in letzter Zeit den Vorgängen im Osten steigende Beachtung schenkt, einen gründlichen Bericht. Angesichts des Stimmungsumschwungs, der sich in der Welt gegenüber Tito vollzieht, sagt das Blatt, „ist es für Katholiken von Bedeutung, sich nicht abhalten zu lassen, von den Einzelheiten der Kirchenverfolgung Kenntnis zu nehmen, die schlimmer denn je ihren Fortgang nimmt“.

Das Zustandsbild ist gegenwärtig etwa folgendes: Die Bischöfe werden systematisch daran gehindert, mit ihren Gläubigen in Kontakt zu bleiben. Örtliche Behörden hindern die Priester an der Ausübung ihres Amtes durch Verweigerung der dafür gesetzlich erforderlichen Erlaubnisse. Die religiöse Unterweisung ist in den Schulen fast allgemein abgeschafft und wird in den Kirchen mannigfaltig behindert. Kollekten sind in einigen Gebieten verboten. Klöster, Pfarrhäuser und in manchen Fällen sogar Kirchen sind konfisziert und weltlichen Zwecken zugeführt.

Viele Ordensleute und Hunderte von Schwestern sind aus ihren Häusern, aus Schulen und Krankenanstalten vertrieben. Viele Priester sind in Haft und verurteilt. Die Verhafteten werden verhört, mißhandelt und zuweilen gefoltert in der Absicht, ihnen Geständnisse nicht begangener Verbrechen zu entreißen. Die Geistlichen stehen unter beständiger Nötigung, der kommunistischen Volksfront beizutreten. Die Religion wird angegriffen und in eigens dazu einberufenen Versammlungen lächerlich gemacht.

In Slowenien ist die Verfolgung ob der tiefen Gläubigkeit der Bevölkerung besonders intensiv. Die Geistlichen werden dort noch schärfer kontrolliert als sonstwo. Jede einzelne Tätigkeit und selbstverständlich auch jede Veränderung in der Besetzung kirchlicher Ämter bedarf dort einer besonderen Genehmigung. Selbst die Feier der Messe, das Beicht hören und die seelsorgliche Aushilfe sind davon nicht ausgenommen. Die Folge davon ist, daß Pfarreien, in denen diese Genehmigung versagt wird, ohne Gottesdienst bleiben. Übertretungen der staatlichen Vorschriften werden mit hohen Geldstrafen geahndet. Das größte Vergehen besteht in unerlaubtem Beicht hören. Wie kleinlich die Schikane gegen die Priester ist, sieht man z. B. daran, daß den Geistlichen, die aus ihren Pfarrhäusern vertrieben wurden, in der Regel Wohnungen zugewiesen werden, die kilometerweit von der Kirche entfernt liegen.

Besonders interessiert ist die Regierung daran, Reisen und Besuche der Bischöfe in den Gemeinden zu verhindern. Privatpersonen können es nicht wagen, ihnen Fahrzeuge zu stellen, so daß die Bischöfe meist zu Fuß gehen müssen; denn das Eisenbahnnetz ist dünn. Parteigenossen dürfen ihre Kinder nicht firmen lassen. An einem Ort kamen die Leute in der Nacht mit ihren Kindern zur Firmung. Als bald wurde die Wohnung des Pfarrers durch Polizei abgesperrt.

Der Nachwuchs für Priestertum und Orden wird nach Möglichkeit blockiert. Die meisten Seminaristen sind beschlagnahmt. Die Eltern der Seminaristen bekommen zu hören, daß die Berufswahl ihres Sohnes unehrenhaft ist, und werden genötigt, ihren Kindern das Weiterstudium zu verbieten. Tun sie es nicht, verlieren sie ihr Brot, sofern sie in abhängiger Stellung sind. Die Pressekampagne gegen Papst, Bischöfe und Kirche gibt der in den östlichen Ländern nichts nach. Die Priester werden in den Zeitungen immer wieder verächtlich gemacht, meistens wegen angeblicher Sexualvergehen. Mehrfach haben die Kronzeugen solcher Artikel hinterher Selbstmord begangen, wenn sie nicht umgebracht worden sind, um den Widerstand zu verhindern. Die Geistlichen sind außerdem häufigen Gewaltakten von seiten der kommunistischen Jugendorganisationen ausgesetzt.

Man versucht auch, den Priestern das Leben materiell un-

möglich zu machen. Das Kirchenland ist enteignet. Die Zahlungen des Staates haben aufgehört. Kollekten außerhalb der Kirche sind allgemein, in den Kirchen zum Teil verboten. In Slowenien bedarf jede einzelne Sammlung der staatlichen Genehmigung. Die Opferkästen mußten entfernt werden. Die propagandistische Begleitmusik dazu heißt: „Die Priester sollen arbeiten. Die Zeit für Parasiten ist vorbei.“

Besondere Anstrengungen widmet man der Jugend. Die Lehrer werden auf ihren allmonatlichen Zusammenkünften angewiesen, den Schulkindern den „Mystizismus“ auszutreiben. Das Gesetz über den Religionsunterricht an den Schulen ist zwar noch in Kraft, wird aber praktisch fast überall ignoriert. Die Zulassung der Jugend zur höheren Schule regelt der Staat. Voraussetzung dafür ist Linientreue, d. h. Nichtbesuch religiöser Veranstaltungen. Die Jugendorganisationen haben in erster Linie der weltanschaulichen Erziehung zu dienen.

In einem ergänzenden Bericht teilt „La Civiltà Cattolica“ (1950, II, 371) Einzelheiten über die Willkür der jugoslawischen Justiz gegenüber den Katholiken mit, die sich in keiner Weise von dem unterscheidet, was wir aus den übrigen östlichen Ländern kennen. Im ganzen verdient also das Regime Tito seitens der Katholiken keine andere Beurteilung als das aller anderen kommunistischen Staaten.

Bemühungen um ein lateinisches Schisma in Rumänien Anfang Mai veröffentlichte der „*Oservatore Romano*“ (7. 5. 1950) ein Dekret des Heiligen Offiziums, durch das der rumänische Priester Andreas Agotha exkommuniziert und als „vitandus“ erklärt wurde, weil er „unter kommunistischem Einfluß“ zusammen mit „einigen anderen katholischen Priestern des lateinischen Ritus versucht, den Klerus und die katholischen Gläubigen aus der Unterordnung unter ihre gesetzmäßigen Hirten und insbesondere den Papst zu lösen“. Den Gesinnungsfreunden von Agotha wird die gleiche Strafe angedroht, sofern sie von ihrer Tätigkeit nicht ablassen.

Diese Maßnahme ist notwendig geworden, weil die schismatische Propaganda unter den Unierten, deren Schicksal wir demnächst in einem eigenen Bericht ausführlich behandeln werden, nun auch auf die lateinischen Katholiken übergreift, unter deren Klerus sich leider genau so wie in Ungarn und in der Tschechoslowakei einige willfährige Werkzeuge gefunden haben.

Über den Umfang dieses Kreises erfährt „*Catholic Herald*“, daß vor kurzem zum Zweck der Koordinierung von Kirche und Partei auch in Rumänien ein „Komitee für die katholische Aktion“ gebildet wurde, an dessen Gründungsversammlung 120 Priester und Laien teilnahmen. Die erste Tätigkeit dieser Gruppe besteht in der Durchführung der Unterschriftenaktion für den Weltfrieden im Anschluß an den Stockholmer Kongreß der „Friedenskämpfer“, die gegenwärtig überall mit so großem Eifer von den Kommunisten betrieben wird. Diese Friedenskampagne bildet den Anlaß und Rahmen für das Vorhaben des Schismas. Auf einem Kongreß der Friedenskämpfer forderte Agotha unter heftigen Vorwürfen gegen die derzeitigen Verwalter der rumänischen Bistümer (deren Bischöfe seit langem in Haft sind) die Eingliederung der Kirche in das volksdemokratische System, das der Kirche volle religiöse Freiheit gewähre. Doch sei es notwendig, auch die Kirche im Sinn dieser Freiheit umzu-

gestalten, wozu u. a. die demokratische Wahl der Bischöfe durch das Volk beitragen könnte.

Hand in Hand mit der Gruppe um Agatha arbeiten Geistliche, die aus der unierten griechischen Kirche zur Orthodoxie übergetreten sind. Einem von ihnen, dem nunmehrigen schismatischen Bischof von Roman-Husci, Herineanu, übertrug Patriarch Justinian die besondere Mission der Rückgewinnung der lateinischen Katholiken, denen man ihren Ritus lassen will. Die lateinische Kirche hat neben dem ununterbrochenen Propagandafeuer und dem Verlust ihrer Bischöfe alle üblichen Behinderungen des kirchlichen Lebens zu erdulden: Schließung ihrer Schulen und Caritaseinrichtungen, Unterdrückung der Presse, Einschränkung der Sonntagsruhe, Erschwerung des religiösen Unterrichts und aller besonderen kirchlichen Feiern und Kundgebungen. Die Laien sind überdies der Bedrohung ihrer Existenz, der Einschüchterung durch polizeiliche Verhöre und der Zwangsarbeit ausgesetzt, die sich in die Form einer staatlichen „Regelung der werktätigen Hilfeleistung beim Bau und Unterhalt von Straßen“ kleidet. Den schwersten Druck von allen Laien haben die Lehrer auszuhalten, die bevorzugt mit „Schulungskursen“ bedacht werden. Daß die Zahl der verhafteten Priester ständig zunimmt, versteht sich von selbst. Die Taktik des Kirchenkampfes in Rumänien ist wie überall darauf angelegt, eine Spaltung zwischen Volk und Hierarchie herbeizuführen und den Klerus mit Drohen und Werben von den Bischöfen zu trennen. Diesem Zweck dienen auch unablässige Angriffe gegen den Heiligen Vater. Man spricht auch schon längere Zeit von einem bevorstehenden Staatsprozeß gegen den als letzten von den lateinischen Mitgliedern des Episkopates am 22. Juni 1949 verhafteten Bischof von Alba Julia, Msgr. Aaron Marton, der durch eine Häufung von Volksversammlungen stimmungsmäßig vorbereitet wird.

Ökumenische Nachrichten

Nachlese zur Berliner Friedenssynode Präsident Niemöllers „Stimme der Gemeinde“ (Juni 1950) trifft zu dem Ergebnis der Berliner Friedenssynode der EKD einige ernüchternde Feststellungen. Die Botschaft der Synode sollte beschlußgemäß am Sonntag Rogate, 14. Mai, in allen Landeskirchen verlesen werden. In Nürnberg, so darf man wohl die „süddeutsche Großstadt N.“ deuten, geschah das nicht, weil die Kirchenleitung der Landeskirche weder die Botschaft an ihre Pfarrer weitergeleitet noch eine Anweisung zu ihrer Verlesung erlassen habe. Die gleiche Feststellung wurde am Sonntag nach Himmelfahrt in einer anderen Landeskirche gemacht. (Die „Ev. Luth. Kirchenzeitung“ hatte die Texte der Synode am 15. Mai in vollem Wortlaut gebracht, allerdings ohne Kommentar und ohne Verlesungstermin.) Der Glossator zieht daraus Folgerungen gegen — die Botschaft. Sie sei zu lang und zu theologisch. Sie habe also im Westen für den Frieden bisher nicht viel tun können. Er bemängelt sodann die auch von der „Herder-Korrespondenz“ (H. 9, S.398) zitierten Kernsätze über die Frage der Kriegsdienstverweigerung und schreibt, es sei eine sehr ernste Frage, ob die Synode recht daran getan habe, die Gewissenserforschung nur für den Fall eines Krieges anzuordnen, in welchem Deutsche gegen Deutsche kämpfen würden. „Zum mindesten kann dieser Teil des Wortes von den

Hörern und Lesern sehr mißverstanden werden ... es geht darum, daß die Deutschen überhaupt nicht in einen Krieg willigen. Und es geht auch nicht darum, ob man im Falle ‚eines solchen Krieges‘ eine Waffe in die Hand nehmen dürfe, sondern es geht darum, daß jeder ernstlich prüfe, ob er im Falle eines Krieges überhaupt eine Waffe in die Hand nehmen darf. Wir wüßten nicht, worin sich ein Kampf zwischen Deutschen und Deutschen von einem Kampf zwischen Deutschen und Franzosen so unterschiede, daß uns der eine völlig unmöglich, der andere aber doch in gewissen Fällen als Christen erlaubt sei. Hier scheint uns die Synode zu kurz getreten zu sein.“

Aus Berichten von Teilnehmern über den Verlauf der Synode in evangelischen Kirchenblättern geht hervor, daß die Botschaft ein Kompromiß gegen den sehr radikalen Standpunkt der „Bekennenden Kirche“ darstellt, den Prof. D. Heinrich Vogel, Rektor der Kirchlichen Hochschule Berlin und von jeher wegen seiner prophetischen Unerbittlichkeit angesehen, in der Aussprache dahin formulierte: an dem in Vorbereitung befindlichen dritten Weltkriege dürfe ein Christ schlechterdings überhaupt nicht teilnehmen, „denn dieser Krieg wäre ein Krieg weltanschaulicher Götzen in einer technischen Raffiniertheit, die jeden Kombattanten zum Massenmörder unschuldigen Lebens machte.“ Davon wurde aber sehr viel abgehandelt, besonders von den Vertretern der lutherischen Landeskirchen, mit dem Ergebnis, daß nun auch die kasuistisch eingeschränkte Nichtbeteiligung am Kriege anscheinend den Gemeinden nicht einmal bekannt gegeben wird. Das „Deutsche Pfarrerblatt“ (Nr. 10, 15. Mai) bemerkt in einem Bericht über die Synode, die Debatte habe „ganz deutlich gezeigt, wie stark doch auch im kirchlichen Raum in Ost und West die Fragestellungen sich unterscheiden. Ein kluger Synodaler äußerte in diesem Sinne seine Besorgnis, die 3. Generalsynode der EKD könnte aus diesem Grunde die letzte gesamtdeutsche evangelische Synode gewesen sein“.

Ohne von dieser Gefährdung Kenntnis zu nehmen, faßt ein großer Bericht der „Ev. Luth. Kirchenzeitung“ vom 15. Juni 1950 das lutherische Urteil dahin zusammen: Während man vor einem Jahre in Bethel Anlaß zu den schlimmsten Befürchtungen gehabt hätte, sei es für den Beobachter keine Frage, „daß für alle, die den Weg der EKD trotz mancherlei Wirren und Störungen in ihrem Entstehungsstadium bewußt bejaht haben, diese Synode Anlaß zur Hoffnung gibt, daß die verschiedenen bekenntnisgebundenen Kirchen im Rahmen der Verfassung der EKD gedeihlich zusammenarbeiten könnten“. Prof. Dr. W. Küneth, Erlangen, in der Regel der Sprecher des bayerischen Luthertums, erklärte auf der Synode, die EKD sei ebenso sehr eine Wirklichkeit geworden wie die VELKD, „hinter die es kein Zurück mehr gibt“. Es wird aus diesem Bericht deutlich, daß es die Lutheraner waren, die mit Nüchternheit einem enthusiastischen Pazifismus widerstanden und die praktischen Wege zur Überwindung der Kriegsangst begünstigt haben.

„Die totale Kirche das größere Übel“ Im Maiheft der „Evangelischen Theologie“ (11, 1950), die im allgemeinen unter dem Einfluß K. Barths steht, erkennt man gewisse schmerzliche Rückwirkungen der Instruktion „Ecclesia Catholica“ des Hl. Offiziums, deren Kommentierung im Mittelpunkt des Heftes steht, auf einige unserer